

Stolpert aber Fritz Schäffer doch noch über sein Ost-Berliner Wagnis, dann müßte der Kanzler logischerweise mit ihm gehen: denn er hat davon gewußt, er hat es zugelassen und er hat dazu geschwiegen. Was uns an ihm, soweit der Kern bis jetzt sichtbar geworden ist, einigermaßen überrascht.

Wer auf lange Sicht den westlichen Teil Deutschlands vor dem Kommunismus bewahren will, beginnt mit den Kommunisten in Ost-Berlin zu verhandeln. Solange verhandelt wird, wird nicht geschossen. Wird aber nicht verhandelt, steigt wie Grundwasser unter unseren Füßen die Gefahr eines deutschen Bürgerkrieges an. Ein Waffenkonflikt zwischen Bundesrepublik und DDR würde sofort einen allgemeinen Krieg zur Folge haben. Dieser würde von der ersten Stunde an mit Massenvernichtungsmitteln geführt werden. Von den 67 Millionen Deutschen würden vielleicht 20 Millionen übrigbleiben. Der größere Teil von diesen, völlig verelendet und endgültig entsetzt von der bisherigen Art, Geschichte zu machen, würde sehr schnell und absolut aus freien Stücken zu K o m m u n i s t e n werden, nichts anderes.

Und darum war es gut, daß Fritz Schäffer nach Ost-Berlin gegangen ist und daß Konrad Adenauer ihn hat gehen lassen.

Prof. Dr. Ernst Fraenkel

Geschichtsbewußtsein, Krieg und Wirtschaft

Alle Geschichte, auf welchen Sektoren des gesellschaftlichen Lebens sie sich abspielt, ist nach einem bekannten Wort Politik in der Vergangenheit. Hinter Recht und Gesetz, Religion und Kirche, Gesellschaft und Staat in ihren historischen Entwicklungen hat seit jeher die Dynamik der erstrebten, geforderten oder zumindestens erhofften Ziele gestanden.

Aber Politik, in gleichem Geiste verstanden, ist ihrerseits Geschichte im Werden. Es mag überspitzt klingen, aber es ist trotzdem nicht weniger wahr: Es gibt kein Heute — es gibt nur ein Gestern und ein Morgen. Auch das scheinbar aktuellste Ereignis ist eine Synthese aus dem Denken, Wollen und Handeln von gestern und wird bereits morgen zur Erfahrung aus der Vergangenheit, zu einem Glied in der nie abreißen Kette des Geschehens. Alles Seiende im Leben des einzelnen oder der im Staate organisierten Gesellschaft ist gleichzeitig Gewordenes und Werdendes. So richtig das Schiller-Wort sein mag:

„Ach, und in dieselbe Welle steigst Du nicht zum zweiten Mal“ — so richtig ist auch ein anderes Wort des Dichters: „Und die Sonne Homers, siehe, sie lächelt auch uns.“

Von Sir Winston Churchill, dessen Größe als europäischer Staatsmann vielleicht gerade in seiner tiefen Kenntnis und Erkenntnis der geschichtlichen Verwurzelung der Menschen, Völker und Staaten begründet ist, stammt das Wort: Nur wer tief in die Vergangenheit zu blicken gelernt hat, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft voraussagen.

Von diesem Grundgedanken ausgehend, mag es erlaubt sein, in diesen Blättern, die sich entsprechend der Aufgaben, die sie sich gestellt haben, oder die ihr vom Zwang der Zeit gestellt worden sind, meist mit den aktuellen Fragen des nationalen und übernationalen politischen Lebens beschäftigen, einmal etwas un-

ter historischem Aspekt zu dem Problem der Beziehungen zwischen Krieg und Wirtschaft zu sagen.

Vom Krieg ist, so weit man systematisches Denken der Menschen verfolgen kann, seit jeher gehandelt worden. Schärfste Ablehnung oder Rechtfertigung des Krieges als „erlaubte Gewaltanwendung“ des Staates um „gerechter Ziele“ willen, wobei besonders auf Thomas von Aquin, Erasmus von Rotterdam und Luther hingewiesen sein mag, sind bis auf den heutigen Tag von der Moralthologie zum Objekt der häufig sich widersprechenden Deutungen und Interpretationen der entscheidenden sittlichen Forderungen und Warnungen im Alten und Neuen Testamen gemacht worden. Philosophen, Soziologen, Rechtswissenschaftler und Dichter haben durch die Jahrhunderte den Krieg — in radikaler oder gemäßigter Form — als „Vater aller Dinge“ gepriesen oder als „Geißel der Menschheit“, als Mißbrauch der Vernunft im Kampf um den kulturellen Fortschritt verdammt. Schiller glaubte, gewissermaßen im gleichen Atemzug, den Chor in der „Braut von Messina“ sprechen zu dürfen: „Denn der Krieg läßt die Kraft erscheinen, alles erhebt er zum Ungemeinen.“ Um an einer anderen Stelle seines dichterischen Wirkens keinen tieferen Wunsch für die neu gegößene Glocke finden zu können als: „Friede sei ihr erst' Geläute.“

Es wäre vermessen, aus wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Schau den Versuch zu machen, das überaus komplexe Problem der Beziehungen zwischen Krieg und Wirtschaft in seiner ganzen Weite und Tiefe auch nur zu skizzieren, zumal von deutschen Wirtschaftswissenschaftlern dieser Frage in ihrer Allgemeinheit und Ganzheit verhältnismäßig wenig Beachtung geschenkt worden ist.

Werner Sombart hat in seinem monumentalen Werk über den „Modernen Kapitalismus“, das trotz mancher berechtigten Kritik an Einzelheiten ein Meisterwerk ist und bleiben wird, sich mit den Beziehungen zwischen „Kapitalismus und Militarismus“ auseinandergesetzt, wobei er, um seine eigenen Worte zu gebrauchen, das Problem „Krieg und Kapitalismus“ „aus der Umschlingung befreien zu müssen glaubte, in der es der historische Materialismus gefangen hält.“ „Wir werden das am besten dadurch bewerkstelligen, daß wir die Frage einmal umdrehen und nicht untersuchen: Inwiefern ist der Krieg eine Folge des Kapitalismus, sondern inwieweit und weshalb ist der Kapitalismus eine Wirkung des Krieges?“

Daß Sombart die Ergebnisse seines Buches mit einer Überfülle von wirtschaftsgeschichtlichen Fakten belegt, wenn diese, wie angedeutet, auch nicht immer als ganz einwandfrei und exakt angesehen werden dürfen, ist für jeden, der seine Arbeitsmethode kennt, nicht überraschend. Wenn Sombart also die Wirkungen der Kriege auf das Entstehen des kapitalistischen Systems untersucht hat, so müßte man in ähnlicher Weise den Krieg auch in seiner Wirkung auf das Entstehen des Sowjet-Wirtschafts- und Gesellschaftssystems untersuchen.

In den letzten zwei Jahren haben sich zwei französische Gelehrte mit dem Krieg als soziologischem und ökonomischem Problem beschäftigt. Während der eine einen „Traité de Sociologie“ schreibt und dabei unter allen nur möglichen Gesichtspunkten die Elemente dessen, was er „polémologie“ nennt ¹⁾, untersucht, hat der andere, der frühere Privatdozent an der Universität Genf, der jetzt einen Lehrstuhl an der Universität Jerusalem innehat, die Frage in zwei hervorragenden, tieferschürfenden Studien unter ideengeschichtlichem, auf die ökonomischen Lehrmeinungen der letzten drei Jahrhunderte bezogenem Aspekt angefaßt ²⁾. Es

¹⁾ Gaston Bouthoul, Traité de Sociologie. „Les Guerres“. Eléments de Polémologie. Paris 1951

²⁾ Edmond Silberner, La Guerre Dans La Pensée Economique Du XVI^e au XVIII^e Siècle. Paris 1939

Ders.: La Guerre et La Paix Dans L' Histoire des Doctrines Economiques. Paris 1957

erscheint mir angebracht, in der Zeit der schärfsten politischen Spannungen, die die Menschheit im letzten Jahrzehnt mehrere Male hart an den Abgrund des Krieges geführt haben, wenigstens einige Gedanken, Tatsachen und Fragestellungen zusammenzufassen.

Alles Zusammenleben von Einzelmenschen und Staaten ist nur auf der Grundlage der „Ordnung“ möglich. Ordnung aber setzt Frieden voraus, denn jede mit Gewaltanwendung herbeigeführte politische Konfliktentscheidung zwischen souveränen Staaten muß die gesellschaftliche Ordnung nicht nur vorübergehend, sondern meistens auf lange Zeit hinaus stören oder außer Kraft setzen. Die Generationen aller Länder, die einen oder gar beide Weltkriege tätig und leidend miterlebt haben, wissen davon ein Lied zu singen. Jede Wirtschaftsordnung, welche äußere Form sie auch immer haben mag, ist Friedensordnung.

Kriegswirtschaft oder Kriegsvorbereitungswirtschaft — letztere gemeinhin als „Rüstungswirtschaft“ bezeichnet — setzen an Stelle der Bedarfsdeckung oder zumindestens unter Vernachlässigung derselben die Rüstungsbedarfsdeckung. Nun ist es zwar unzweifelhaft richtig, daß eine auf Rüstung und Kriegsmöglichkeiten ausgerichtete Wirtschaft immer beiden Partnern im Wirtschaftsprozeß große Vorteile bringt: für die Arbeitnehmerschaft steigende Löhne und Vollbeschäftigung, für die Unternehmer direkt oder indirekt außerordentliche und übersteigerte Profite. Aber diese Vorteile sind, auf längere Sicht gesehen, doch nur Scheingewinne, die in der modernen Wirtschaft — wir haben das nach 1918 und nach 1945 in allen Staaten beobachten können — nur in der Zeit der vorbereitenden Aufrüstung „Gewinne“ sind — oder zu sein scheinen. Je länger, je totaler die Aufrüstung dauert, die als Wille zur wachsenden Stärke mit allen Mitteln der Propaganda in allen Ländern als lebensnotwendig für die eigene Nation erscheint oder zumindest angepriesen wird, desto näher rückt, vorsichtig ausgedrückt, der Zeitpunkt des Beginns des „Verteidigungskrieges“. Denn nur einen solchen hat es seit jeher in der Geschichte gegeben, von Xerxes, dem Perserkönig, von Alexander dem Großen über die Kriege Ludwigs XIV. und die des Preußenkönigs Friedrichs II. bis zu denen des „Führers“, bei dessen, von den „Unterführern“ mit oder ohne Uniform unterstützter Kriegsrüstung und „Verteidigungspolitik“ manche oft an den Orakelspruch gedacht haben mögen, den der Perserkönig auf Anfrage nach dem Ausgange seines beabsichtigten Zuges gegen die Griechen erhielt und dessen Verwirklichung auch andere Völker und Staaten im Laufe der Geschichte immer wieder erlebt oder nicht mehr erlebt haben: „Wenn Du den Hellespont überschreitest, wirst Du ein großes Reich vernichten.“

Von dem englischen Historiker Gibbon stammt das Wort: „Die Geschichte ist das Generationsgedächtnis.“ Der geschichtsbewußte Mensch stützt seine Lehre von der Wirtschaft nicht nur auf Theorien, sondern er weiß um die Erfahrungen der Generationen, und wäre es auch nur, um zu erkennen, wie oft und wie hart sich die Dinge im Raume stoßen.

Drei Etappen von Beobachtungen und Erfahrungen weisen den Weg zu dem Erkennen der Beziehung zwischen Wirtschaft und Krieg: Der immer schneller werdenden Vorbereitung, nach heutigem Sprachgebrauch der „Rüstung“, folgen nach einem ehernen Gesetz — gewollt oder ungewollt — die Kriegshandlungen mit den Fragen der Finanzierung und den neu auftauchenden Fragen der Bedarfsdeckung für Streitkräfte und Zivilbevölkerung, um dann schließlich in die Wirkungen des Krieges auf die die Wirtschafts- und Sozialstruktur der am Kriege beteiligten Staaten, Sieger oder Besiegte, einzumünden (Auf das soziologisch so bedeutungsvolle Problem der Bevölkerungsbewegung durch den Krieg kann hier nicht näher eingegangen werden).

Die Ausgaben für die Heere als stärkste Stützen des Absolutismus und der seit dem 17. Jahrhundert in allen Ländern immer stärker hervortretenden „Idee der Staatsraison“ steigen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert in ungeheurem Ausmaße. Ständig vermehrt sich die Anzahl der Soldaten und Offiziere, besonders in Frankreich und Preußen. Mögen auch bis zum 19. Jahrhundert die für Heeres- und Kriegszwecke notwendigen Ausgaben, absolut genommen, unserer Zeit, die ja nur noch in Dutzenden von Milliarden zu denken gewohnt ist, gering erscheinen, so haben sie doch im Staatshaushalt der damaligen Zeit einen entscheidenden Anteil gehabt. In Preußen steigt von 1688 bis 1786 die Bevölkerungszahl um das 5,4fache. Im gleichen Zeitraum aber hat sich die Größe des preußischen Heeres um das 6,7fache erhöht. Die gleiche Erscheinung läßt sich bei den meisten anderen Staaten beobachten. Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wächst das Wettrüsten bereits ins Unermeßliche, wobei dieses „Bereitseinwollen“ nunmehr auf die Flotten und dann auf die Luftwaffen übergreift. Seit der Wende des 20. Jahrhunderts werden Produktion und Markt mehr und mehr von den Erfordernissen der Streitkräfte und Beschaffungsämter aller Länder bestimmt. In der Deutschen Bundesrepublik hat jeder Staatsbürger für die Rüstung im Durchschnitt einen Betrag von 300 DM zu zahlen. Dabei will ich hier nicht an das bisher nur sehr vorsichtig angefaßte Problem der Beziehung zwischen Rüstungswirtschaft, Sicherheitsbedürfnis, „sozialer Marktwirtschaft“ und Vollbeschäftigung rühren.

Die Frage nach der Finanzierung der Rüstung und des Kriegsverlaufes selbst ist, denkt man an die Preußisch-Deutschen Feldzüge von 1864, 1866 und 1870/71, noch verhältnismäßig einfach gewesen, weil ja die Kriegsdauer kurz war. Aber die im modernen Krieg notwendigerweise Geldschöpfung hat die Volkswirtschaftler, insbesondere die Finanzwissenschaftler im 19. Jahrhundert, schon immer beschäftigt, wobei oft politisch gefärbte Meinungen und nicht immer die Ergebnisse der wirtschaftlichen Forschung bestimmenden Einfluß ausübten. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts soll der Marschall Trivulzio auf die Frage des Königs von Frankreich, Ludwig XII., was für Rüstungen und Vorräte zur Eroberung des Herzogtums Mailand nötig seien, dem König die Antwort gegeben haben: „Danari, Danari e poi Danari.“ „Zum Krieg führen sind drei Dinge nötig: Geld, Geld und nochmals Geld.“ In zwei Weltkriegen hat sich gezeigt, daß das Geld, das man sich in den verschiedensten Ländern beschaffen mußte und konnte (wobei die Vereinigten Staaten auszunehmen sind), im modernen Kriege mit ihrem nur in astronomischen Zahlen auszudrückenden Bedarf an Zahlungsmitteln nicht mehr viel oder gar nichts taugt. Die Inflation als die völlige Vernichtung der deutschen Währung nach 1918 begann tatsächlich schon am 4. August 1914, als der deutsche Reichstag mit Einschluß der damaligen sozialdemokratischen Partei Finanzgesetze annahm, mit denen die damalige Reichsregierung, wenn auch unbewußt, ohne Zweifel den Weg zur Inflation beschritt. Die Kriegsausgaben Deutschlands von 1914—1918 sind auf weit mehr als 100 Milliarden Vorkriegsmark berechnet worden.

Es war nur selbstverständlich, daß die eigentliche Inflation in Deutschland sofort nach dem Kriege zuerst langsam und dann in immer rasender werdendem Tempo sich entwickelte. Am 15. November 1923 wurde der Dollar mit 4200 Milliarden Papiermark notiert. Die Generation, zu der ich gehöre, wird sich noch mit Schauern der geradezu grotesken oder besser wohl tragischen Auswirkungen der Geldentwertung besonders zwischen Juli 1921 und 15. November 1923 erinnern, als Beamte, Arbeiter oder Angestellte fast täglich ihre Gehälter und Löhne erhielten, um damit sofort in den nächsten Bäcker- und Fleischerladen zu rennen, damit wenigstens das Notwendigste für die Familie nach Hause gebracht werden

konnte; als Männer und Frauen, die viele Jahrzehnte lang im Schweiß ihres Angesichtes gearbeitet und Pfennig um Pfennig als Ersparnis für ihr Alter zurückgelegt hatten, plötzlich ihren Notgroschen in Nichts zerrinnen sahen und früher oder später der „Wohlfahrt“ zur Last fallen mußten. Es ist nicht notwendig, an den Hunger, die Abgerissenheit und an die „Zigarettenwährung“ nach 1945 zu erinnern; aber ist es nicht geradezu unser aller Pflicht, den jungen Menschen unserer Tage immer und immer wieder diese Zeit vor Augen zu halten? Gewiß: „Vergessen ist im Leben nicht die letzte Tugend“, aber „nicht vergessen“ sollte geradezu das Vermächtnis unserer Generation an diejenige sein, der wir unsere Erfahrungen und Lehren weiterzugeben haben.

„Wehe dem Besiegten“ war zu allen Zeiten das Losungswort der Sieger. Und der Preis des Sieges für den Sieger selbst? Es gilt heute als eine Binsenwahrheit, daß es nach modernen Kriegen keine Sieger und keine Besiegten mehr gibt. Aber ist es wirklich eine so allgemein als gültig anerkannte Erkenntnis? Man kann zumindest daran Zweifel hegen, da als der Weisheit letzter Schluß aller Regierungen zur Lösung der Gegensätze der Weltanschauungen und Wirtschaftssysteme, nicht mehr der Nationen und Völker, sondern der Kontinente, die Erreichung immer größer werdender Schnelligkeiten der Raketen, immer schwerer werdender Bomben, immer erfolgreicher werdender Vernichtungswaffen zu sein scheint. In Afrika und Asien, in den „unterentwickelten Ländern“, stehen sich Menschen der verschiedensten Farben und Rassen haßerfüllt gegenüber, herrscht das Prinzip der „Einflußsphären“ der Machtblöcke, und nicht die grundsätzliche Verpflichtung, hungernden, frierenden, todmüden und angsterfüllten Menschen aus dem Geiste echter Humanität und wahrer Menschenliebe zu helfen. Die Staatsoberhäupter und Regierungschefs der verschiedenen Länder machen sich Besuche und Gegenbesuche, „große und kleine Bahnhöfe“ werden arrangiert, „Unterhaltungen unter vier Augen“ finden statt (und daß dabei der eine häufig die Sprache im eigentlichen und übertragenden Sinne des anderen nicht oder nicht genügend versteht, was macht es?). Man hat ja genügend Dolmetscher, und die Hauptsache ist, daß ein schon vorher mehr oder minder sorgfältig und geschickt ausgearbeitetes, vieldeutiges Communiqué die Öffentlichkeit von der mehr oder weniger „vollständigen Übereinstimmung der Gesprächspartner und der freundschaftlichen Atmosphäre, in der die Unterhaltung stattgefunden hat“, unterrichtet. Und während die Generaldirektoren der Banken, die Industriemanager und die Leiter der großen Handelsunternehmungen immer wieder die Herabsetzung der „untragbaren“ Steuern fordern, steht man Schlange vor den Geschäftszimmern der Beschaffungsämter, um — mit oder ohne gute Beziehung — die Ernte der Rüstungen in die Scheune zu bringen — ohne sich zu fragen: „Wer soll denn das alles bezahlen?“ Der Steuerzahler, der auf dem Anleihemarkt auftretende Käufer oder vielleicht eines Tages der geschlagene Gegner? Wie viel dann allerdings noch von den Fabriken im Osten und Westen, aus deren Toren einst die Tanks, Kanonen und Raketen rollten, geblieben ist, danach wird in „schönen Friedenszeiten“ nur selten gefragt, so lange die Zahlungen für die Lieferungen das Bankkonto ständig vergrößern, die Dividenden steigen und die „Stillen Reserven“, Rückstellungen usw. nach Gesetz und Recht großzügig gehandhabt werden können. Die endlose Kette der Mercedes 300, der Hispano Suiza, der Rolls Royce, der Cadillac auf den Straßen der Schweiz, Italiens, Österreichs und Oberbayerns, der Mittelmeergebiete, Floridas und Californiens zeugt von dem wachsenden Wohlstand dieser Welt. „Heute ist heut!“ Aber wenn es einmal zum Tage X kommen sollte? Es bedarf keiner großen Phantasie, auch keiner großen finanzwissenschaftlichen Erkenntnisse, nur eines geringen Erinnerungsvermögens, um sich klar darüber zu sein, daß an dem Tage, da die ersten Raketengeschosse mit Atomköpfen oder

Atom- und H-Bomben ihr Ziel oder auch etwas daneben getroffen haben, Währung und Wirtschaft der verschiedenen Staaten bereits ins Wanken geraten sein wird.

„Die Geschichte ist das Generationsgedächtnis?“ Es liegt einem schwer auf der Seele, wenn man gezwungen ist, zu erkennen, daß das Gedächtnis der letzten zwei Generationen etwas kurz zu sein oder gewesen zu sein scheint. Im Jahre 1910, in der Zeit der immer wachsenden Konfliktstimmung zwischen England und Deutschland erschien zum ersten Male das Buch des Engländers Norman Angell: „The Great Illusion“. Die Aufnahme dieses Buches der Warnung beweist am besten die Tatsache, daß es in 17 Sprachen übersetzt wurde. Die entscheidende Absicht Angell's — selbstverständlich hier bewußt vereinfacht — war, zu zeigen, daß die modernen militärischen Konflikte für alle kriegführenden Staaten wirtschaftlich und politisch keine Gewinne, sondern nur noch Ausfälle mit sich bringen würden und mit sich bringen müssen. „Kein Sieger kann dauernd die wirtschaftliche Blüte des besiegten Landes, sofern eben eine solche da war und Existenzfähigkeit hat, zerstören, denn auf Grund der gegenseitigen Verflechtung der nationalen Wirtschaften mit- und ineinander bedeutet eine Zertrümmerung des Reichtums der einen Nation eine Gefährdung auch gewisser Reichtümer der anderen, «der siegreichen».“ „Der Wettbewerb eines besiegten Landes läßt sich selbst nicht durch dessen völlige Annexion zerstören, denn würde es selbst dem Siegerlande einverleibt, so würde ja durch den Wegfall aller Zollschranken der Wettbewerb innerhalb des nun vergrößerten Territoriums für die bestehenden Gewerbe noch stärker werden.“

Die deutsche Textilindustrie sah sich nach 1871 der überlegenen Konkurrenz der Elsaß-Lothringischen Produktion ausgesetzt, der sie jetzt ohne schützende Zollschranken begegnen mußte. Ob der fünf Milliarden Goldfrancs-Regen aus Frankreich wirklich ein „Segen“ für die deutsche Wirtschaft gewesen ist, kann füglich bezweifelt werden. Vier Jahre nach der Veröffentlichung des Buches von Norman Angell brach der erste Weltkrieg aus. Die Nachkriegszeit hat, wie ich glaube, dem Verfasser völlig recht gegeben. Die damaligen Sieger mit ihren unrealistischen und unerfüllbaren „Reparationsforderungen“ — ein Ausdruck, hinter dem sich getarnt der als überholt angesehene Begriff der „Kriegsentschädigung“ verbarg — haben bald einsehen müssen: „So geht es nicht“, und Deutschland hatte sich trotz der Schwierigkeiten während der Weltwirtschaftskrise gerade wieder zu erholen begonnen, als es in die selbstkonstruierte Falle des Nationalsozialismus geriet und sich damit zum zweiten Male sein kulturelles und wirtschaftliches Grab bereitete.

Aus dem ersten Weltkrieg ist als eigentlicher Sieger trotz oder gerade wegen des Vertrages von Brest-Litowsk das russische Herrschaftssystem hervorgegangen. Das Ende des zweiten Weltkrieges hat mit der Forderung nach „unconditional surrender“ jene politischen und ökonomischen Zustände in der gesamten Welt hervorgerufen, für die die Spaltung in zwei Machtblöcke Ausdruck ist. Die Sinnlosigkeit der Demontagen, die Zerstörungen und Vernichtungen ungeheurer wirtschaftlicher Werte, die Vertreibungen von Hunderttausenden aus der Heimat und von Hof und Herd: hat all das die Sieger reicher gemacht, oder hat all das nicht ihnen allen in Wahrheit neue Lasten aufgebürdet und den Menschen überall in der Welt neue Ängste gebracht? Es tut bitter weh, und es klingt so zynisch und kaltschnäuzig, wenn man sich immer wieder die Frage vorlegt: Wo war, wo ist der „Preis der Siege“? Millionen Kriegsgräber überall in der Welt sind Zeugnisse von Opferbereitschaft und Opferwillen der Menschen, aber sie sind auch Zeugnisse ungeheurer Verantwortungslosigkeit, verbrecherischen Leichtsinns und unfäßbarer Unkenntnis der technischen Möglichkeiten und ökonomischen Voraus-

setzungen der Kriege unserer Zeit auf Seiten der Staatsmänner. Stefan G e o r g e schließt eines seiner Gedichte mit dem Satz: „Der alte Gott der Schlachten ist nicht mehr“.

Andere nüchternere, illusionsfreierte Ziele als die früheren Ideale von der „Nationalen Ehre“ usw. beherrschen heute das politische Leben des Staates und das Denken des einzelnen in Gesellschaft und Gemeinschaft. Wenn man heute so oft und mit so starkem Pathos das Wort „Freiheit“ gebraucht, so sollte man daran denken, daß eine Freiheit, sie sei politisch, weltanschaulich oder ökonomisch, die ihre Grundlage in der Angst vor den Wirkungen der Vernichtungswaffen und nicht in dem Bewußtsein der Menschenwürde hat, aufhört, eine sittliche Norm im Leben der Staaten und der einzelnen zu sein.

Wir wissen, daß die Gründe für den Krieg als eine „Institution“ gewiß nicht allein ökonomischer Art sind. Die marxistische Theorie macht es sich zu leicht, wenn sie allein in den wirtschaftlichen Verhältnissen, im kapitalistischen Wirtschaftssystem die letzte Quelle aller bewaffneten internationalen Konflikte sieht. Es besteht nicht die geringste Notwendigkeit dafür, alle Kriege mit ein und derselben Ursache begründen zu wollen. Irrationale Kräfte, Glaubensverschiedenheit und religiöser Fanatismus, Machtstreben, Rassenhaß wiegen in den Beziehungen der Völker und Nationen sehr, sehr schwer. Aber mindestens ebenso schwer, ja vielleicht noch schwerer wiegen mit dem immer rascheren Schwinden sittlicher und humanitärer Normen nationale Selbstsucht und ökonomischer Durchsetzungswille. Ob die neu entstandenen oder noch neu entstehenden auf die wirtschaftliche Einheit der Welt abzielenden Gebilde ihre Aufgabe erfüllen können, hängt davon ab, ob der Friede in der Welt erhalten bleiben wird.

Ob, wie wir heute so oft lesen und hören, die Wiedervereinigung des zerrissenen Deutschlands wirklich von den Staatsmännern der ganzen Welt als das entscheidende und wichtigste Problem der Weltpolitik angesehen und als solches verantwortungsvoll behandelt wird, das ist eine Frage, deren Beantwortung angesichts der vielen „nationalen“ Schwierigkeiten — wir denken an Algerien, an Cypern, an Formosa, an Korea, an Jugoslawien und Polen — keinesfalls als ganz eindeutig betrachtet werden darf. Deshalb wird die endgültige Entscheidung über den Weg, der zum gemeinsamen deutschen Leben, aber nicht zum gemeinsamen deutschen Tode führt, letztlich beim deutschen Volk selbst liegen.

Es wäre der höchste Grad unrealistischen Denkens, und die diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges für das Geschick unserer geistigen und materiellen Kultur verantwortlichen deutschen Männer unserer „repräsentativen Demokratie“ würden späteren Generationen als „Schauspieler ihrer selbstgeschaffenen Träume“ erscheinen, wenn sie weiterhin auf „das große Wunder“ warten oder sich auf Atombomben und Raketenabschußbasen vom Polargebiet bis zu den gepanzerten Befehlsständen auf Herrn T s c h i a n g K a i S c h e c k ' s einsamer Insel verlassen würden. Sentiments und Ressentiments — berauschende Getränke „nationalen“ oder persönlichen Wachstums — sind nicht die Ausgänge aus der Sackgasse, in die das West-Ost-Problem unseres Vaterlandes geraten ist.

Kompromiß, ein Wort, das im deutschen Sprachgebrauch den fatalen Beigeschmack von Charakterschwäche und Mangel an politischem Willen hat, wird als „compromise“ in den angelsächsischen Ländern, besonders in England selbst, als Mittel zur Erreichung bestimmter fester politischer, wirtschaftlicher, sozialer Ziele angewendet, als Mittel, das gewiß langsamer und weniger ehrgeizbefriedigend, aber oft — wie ein Blick in die englische Geschichte beweist — um so sicherer zum Erfolg führt als jene, „thoroughness“ des Wollens und Handelns, das sich in dem letzten halben Jahrhundert deutscher Vergangenheit so verhängnisvoll erwiesen hat.

Schicksalentscheidende Beschlüsse und Handlungen sollen und dürfen, wo und wann immer es auch sein mag, niemals mit dem Blick auf morgen, auf die nächste Wahl, auf die Erfolge für eine Partei getroffen werden. Wenn das „Dictionary of Sociology“ „compromise“ definiert als „an agreement reached by mutual concessions“ (Übereinkommen, das durch beiderseitige Zugeständnisse erreicht wird), dann sollte, ja müßte es notwendig sein, zu einem Kompromiß zwischen West und Ost zu kommen. So wie die Verhältnisse sich nun einmal durch Fehler und verpaßte Gelegenheiten, durch Argwohn, Mißtrauen und Haßpropaganda auf allen Seiten entwickelt haben, gibt es kaum noch ein anderes friedliches Mittel. Dieses Kompromiß darf weder mit dem Stigma der Schwäche, noch mit dem der auftrumpfenden Stärke behaftet sein. Ein solches Kompromiß kann erreicht werden, wenn beide „Gegner“ — wie schmerzlich ist es, dieses Wort auf Deutsche von „hüben und drüben“ anwenden zu müssen! — sich bewußt sind, daß ohne Bereitschaft zu opfern niemals ein friedlicher Ausgleich, nicht so sehr zwischen Menschen, sondern zwischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen und ihren Vertretern, erzielt werden kann. Gewiß würde der Versuch zu einem friedlichen *Nebeneinander* ein sehr, sehr schweres Opfer bedeuten, ein Opfer, das sich nur lohnen würde, wenn es getragen wird von der Hoffnung, Erwartung und Aussicht, das einmal wieder aus dem *Nebeneinander* ein *Miteinander* erwachsen wird, das in gleicher Weise für alle Deutschen, für die das deutsche Geistesleben, die deutsche Wirtschaft, das deutsche Sozialleben — kurz für die deutsche Kultur und Zivilisation erfolg- und segensreich sein würde.

Ob Gedanken, wie die hier geäußerten, vielleicht als die eines „potentiellen Kriegsverbrechers“ oder eines „weltfremden Optimisten“ angesehen werden — „was liegt daran, was liegt daran“?

Rudolf P i k o l a

Der Salto mortale der SPD

Wahrhaftig, das war ein Salto mortale, ein Todessprung, ein tödlicher Sprung, den die Sozialdemokratische Partei gemacht hat! Sie hat ihr Herz für das Militär entdeckt. Der deutsche Militarismus kann wieder einmal die Spitzen seines martialischen Schnurrbarts nach oben zwirbeln und sagen: „Es ist erreicht!“ Denn nachdem er wenige Jahre nach der größten Katastrophe, die er über unser Volk gebracht hatte, wieder salonfähig geworden war (salonfähig mit Hilfe des deutschen Bürgertums, das seine Traditionen konservieren will, mit Hilfe vieler deutscher Mütter und Frauen, die wieder Nachschub zu liefern haben, mit Hilfe der Kirchen, die dem General zu geben befehlen, was des Generals ist, mit Hilfe der *Industrie, die einige Dividenden winken sieht und mit ihnen winkt*) — nachdem dies also geschehen war, nachdem der Militarismus in den Salons etabliert war, macht ihn die SPD nun auch noch stubenrein, auf daß er nicht nur in den Palästen zu Hause sei, sondern auch in den Hütten. Und darüber kann er sich denn auch freuen, denn aus ihnen bezieht er ja eigentlich die Hauptmasse seines — wie sagt man doch so schön? — „Materials“!

„Eben nicht!“ ruft der Herr Spitzenfunktionär, „eben nicht! Wir sagen doch nicht zum Militarismus ja, sondern nur zum Militär! Und das ist ein gewaltiger Unterschied!“